

Mut zeigen, weil es um unseren Nächsten geht!

Kölner Erklärung des Bundesvorstandes des Kolpingwerkes Deutschland aus Anlass des Kolpingtages 2015

"Die Zeit ist wahrlich nicht dazu angetan, die Hände in den Schoß zu legen und dem schrecklich sich entwickelnden Schauspiele der neuen, politischen Weltgeschichte mutlos und tatlos zuzuschauen [...]"

Adolph Kolping, RV 1860, S.554 f.

Der Bundesvorstand des Kolpingwerkes Deutschland nimmt den Kolpingtag 2015, der unter dem Motto „Mut tut gut“ steht, zum Anlass, um auf das aktuelle Flüchtlingsdrama in Europa hinzuweisen. Er ruft zu einer Willkommenskultur auf, die dem Leitgedanken Adolph Kolpings entspricht und jeden Menschen – ungeachtet seiner Herkunft – in den Mittelpunkt stellt. Das Kolpingwerk würdigt das herausragende und wichtige ehrenamtliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger, die bundesweit dazu beitragen, eben jene Willkommenskultur zu leben.

Das bürgerschaftliche Engagement zeigt, dass viele Ehrenamtliche der deutschen und europäischen Politik weit voraus sind. Während zwischen den verschiedenen politischen Ebenen – von der Kommunal- bis zur Europapolitik – das Kompetenz- und Finanzierungsgerangel anhält, nehmen die Bürgerinnen und Bürger mutig und damit ganz im Sinne Adolph Kolpings die Dinge selbst in die Hand. Auch Kolpingsfamilien und viele verbandliche Einrichtungen stehen dabei mit in erster Reihe und leben die positive Willkommenskultur tagtäglich.

Mut zeigen, weil es gegen Fremdenfeindlichkeit geht

Der Bundesvorstand beobachtet mit großer Sorge gesellschaftliche Tendenzen, die sich gegen die Aufnahme von Flüchtlingen richten und teilweise sogar in fremdenfeindliche Gewalt, Hetze und Verunglimpfungen umschlagen. Entschieden lehnen wir jegliche Form negativer und menschenverachtender Stimmungsmache ab, die sich von einem sachlichen Diskurs unterscheidet und rechtsextremen Strömungen sowie anderen extremistischen Richtungen in die Hände spielt. Den braunen Schwachsinn, der tagtäglich in den sozialen Netzwerken veröffentlicht wird, verurteilt das Kolpingwerk aufs Schärfste, dafür darf es in unserer Gesellschaft keinen Nährboden geben.

Mut zeigen, weil es um Flüchtlinge geht

Der Bundesvorstand weist darauf hin, dass es auch eine nicht zu unterschätzende Gefahr in einer weit verbreiteten Zurückhaltung gegenüber fremdenfeindlichem Handeln gibt, was sich dann schlichtweg durch einen Mangel an guten Taten zeigt. Hilfe für Flüchtlinge gut zu finden, das ist grundsätzlich gut – dies zu zeigen, ist noch deutlich besser!

Hier sieht der Bundesvorstand die Parteien in der Pflicht, ihrem verfassungsmäßigen Auftrag zur Mitwirkung bei der politischen Willensbildung endlich wieder nachzukommen. Eine Willkommenskultur wird auch dadurch befördert, wenn die Bevölkerung von den politisch Verantwortlichen in Diskussionsprozesse vor Ort eingebunden wird. Denn ohne ehrenamtliches Engagement geht gar nichts.

Mut zeigen, weil es um ein Leben in Sicherheit und Frieden geht

Der Bundesvorstand drückt seine Solidarität insbesondere jenen aus, die ihrer Religion, Nationalität, politischen Überzeugung, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen und ethnischen Gruppe oder ihres Geschlechts wegen verfolgt werden, einen lebensgefährlichen Weg auf sich nehmen und auch gefährvolle Hindernisse nicht scheuen, um sich und ihrer Familie ein Leben in Sicherheit und Frieden zu ermöglichen. Das Grundrecht auf Asyl steht für diese Menschen nicht zur Debatte.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Kommunen ausreichende finanzielle Mittel bereitzustellen, um den humanitären Erfordernissen bei einer erwarteten Zahl von 800.000 Flüchtlingen in diesem Jahr gerecht zu werden. Das Kolpingwerk erwartet, dass die vom Bund an die Bundesländer zur Verfügung gestellten Mittel direkt und vollständig an die Kommunen weitergeleitet werden. Kommunen, die sich in besonderer Weise engagieren, sollten zusätzliche Förderung erhalten. An den angekündigten Flüchtlingsgipfel unter Vorsitz von Bundeskanzlerin Angela Merkel knüpft das Kolpingwerk die Erwartung, dass Bund, Länder und Kommunen ein abgestimmtes Verfahren und greifbare Ergebnisse erzielen. Das aktuelle Flüchtlingsdrama wird durch ein Einwanderungsgesetz nicht behoben.

Mut zeigen, weil es um politisches Handeln in Europa geht

Der Bundesvorstand fordert die Regierungen und Parteien in Europa auf, den Umgang mit den steigenden Flüchtlingszahlen an Europas Grenzen und die Integration von politisch Verfolgten in den Ländern Europas noch stärker in den Fokus ihres politischen Handelns zu rücken und eine nachhaltige Zusammenarbeit in der Flüchtlingspolitik anzustreben. Ein Europa, das sich aus Angst vor steigenden Flüchtlingszahlen lediglich mit Zäunen und schärferen Grenzkontrollen abschottet, wird seiner politischen Verantwortung nicht gerecht!

Europa braucht ein abgestimmtes gemeinsames Handeln. Anstelle einer sinnvollen Arbeitsaufteilung zwischen den unterschiedlichen politischen Ebenen betreiben die Mitgliedsstaaten ihre Flüchtlingspolitik derzeit aneinander vorbei und werden sich nicht

der Notwendigkeit bewusst, dass es angesichts der Flüchtlingszahlen innerhalb und an den Grenzen Europas dringend gemeinsamer Anstrengungen bedarf. Dazu zählt auch die Bekämpfung von kriminellen Schlepperbanden. Die Mitgliedsstaaten der EU sind gemeinsam gefordert, das Dubliner Übereinkommen zur Aufnahme von Flüchtlingen umzusetzen. Dabei müssen die Länder durch die Gemeinschaft subsidiär unterstützt werden, die nicht in der Lage sind, das Flüchtlingsdrama zu bewältigen.

Mut zeigen, weil es um Gerechtigkeit und Frieden geht

Der Bundesvorstand sieht in den weltweit steigenden Flüchtlingszahlen ein ultimatives Kennzeichen der zunehmenden globalen Ungerechtigkeit, die sich in Krieg und Vertreibung, Armut und Ausbeutungsverhältnissen sowie einseitiger ökonomischer Abhängigkeit ausdrücken. Um dieser wachsenden Kluft zwischen den industrialisierten Staaten und den Entwicklungsländern entgegenzutreten, wird eine weitere Erhöhung des Etats des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefordert. Zugleich sind auch alle anderen Staaten in Europa gefordert, in diesem Bereich ein erhöhtes finanzielles Engagement zu leisten. Entwicklungspolitische Fachorganisationen, die Projekte nah an den Menschen umsetzen und die Partner vor Ort dabei unterstützen, nachhaltige zivilgesellschaftliche Strukturen zu schaffen, brauchen eine stärkere Förderung.

Im Rahmen seiner internationalen Partnerschaftsarbeit steht das Kolpingwerk mit anderen entwicklungspolitischen Fachorganisationen in der ersten Reihe, wenn es darum geht, das Leid vieler Menschen vor Ort zu lindern. Die Rahmenbedingungen für dieses solidarische Handeln müssen jedoch von den politisch Verantwortlichen auf internationaler Ebene geschaffen und ausgebaut werden. Das Kolpingwerk fordert daher die internationale Staatengemeinschaft auf, den verschiedenen Ursachen für Flucht, wie Armut, Krieg und Unterdrückung, entschieden entgegenzutreten und die Verbreitung von Frieden und Sicherheit zur obersten Maxime ihres Handelns zu erklären.

Mit dieser Kölner Erklärung ruft der Bundesvorstand des Kolpingwerkes Deutschland zugleich die Ermutigung des Bundespräsidenten in Erinnerung, der beim Festakt zum 200. Geburtstag von Adolph Kolping am 2. Februar 2013 erklärte:

„Ich freue mich besonders darüber, dass die Einzelnen, aber auch die Kolpingfamilie als Ganze in ihrem gesellschaftspolitischen Engagement einen besonderen Schwerpunkt auf Integration setzt: für Menschen, die bei uns Heimat suchen, für Menschen mit Behinderung und für viele andere mehr – das liegt ja eigentlich auch auf der Hand, das ist die Befähigung der Vielen, die in unserer Gesellschaft einen wichtigen Platz haben müssen.“

Köln, den 5. September 2015